

Herausgegeben im Auftrag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät  
der Universität Zürich von S.K. Alexander, R. Arnet, S.P. Baumgartner, W. Boente,  
P. Breitschmid, A. Büchler, H.C. von der Crone, T. Domej, U. Haas, A. Heinemann,  
H. Heiss, R.M. Hilty, D. Jakob, L.D. Loacker, P. Picht, W. Portmann, R. Sethe,  
F. Thouvenin, H.U. Vogt, R.H. Weber

Nico Renz

# Der Vorsorgeauftrag und seine Validierung

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Abkürzungsverzeichnis deutsch.....	XXIII
Abkürzungsverzeichnis französisch .....	XXVII
Literaturverzeichnis .....	XXIX
Materialienverzeichnis.....	XXXVII
Verzeichnis Dokumente, Zeitschriften und Medienmitteilungen.....	XXXIX
<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>1. Teil: Die Validierung des Vorsorgeauftrags – Ausländische Wurzeln und Integration in die schweizerische Rechtsordnung</b> .....	<b>5</b>
<b>1. Kapitel: Der Vorsorgeauftrag – Erscheinungsformen im Ausland</b> .....	<b>7</b>
I. Sinn und Zweck eines Rechtsvergleichs .....	7
II. Québec – « mandat de protection » .....	9
1. Das « mandat de protection » – ein Vorbild für die Schweiz .....	9
2. Die gesetzliche Ausgestaltung.....	10
2.1 Art. 2166–2174 Code civil du Québec (C.c.Q.).....	10
2.2 Loi sur le curateur public .....	11
a Aufgaben und Funktion des « curateur public ».....	11
b Register des « curateur public » .....	12
3. Die «Homologation» des « mandat de protection » .....	12
3.1 Das Homologierungsverfahren betreffend das « mandat de protection » .....	12
3.2 Ausgangspunkt: Initiative des Beauftragten.....	13
3.3 Medizinische und psychosoziale Abklärung .....	13
3.4 Befragung des Auftraggebers.....	14
3.5 Gerichtliche Entscheidung .....	14
3.6 Ergänzungskompetenz durch das Gericht? .....	14
3.7 Das « Projet de loi n° 96 » .....	15
3.8 Das « mandat de protection » – eine Erfolgsgeschichte.....	15
III. Frankreich – « mandat de protection future » .....	16
1. Übersicht und gesetzliche Grundlagen.....	16
2. Auftraggeber und Beauftragter.....	17

2.1	Auftraggeber .....	17
2.2	Beauftragter .....	18
3.	Form und Inhalt.....	19
3.1	Errichtungformen und deren Konsequenzen.....	19
a	Errichtung durch notariellen Akt oder privatschriftliche Form.....	19
b	Notariell errichtetes Mandat.....	19
c	Privatschriftlich errichtetes Mandat .....	20
3.2	Inhalt.....	20
4.	Register .....	21
5.	Validierungsverfahren .....	21
6.	Kontrolle .....	23
IV.	Deutschland – «Vorsorgevollmacht».....	24
1.	Gesetzliche Grundlagen .....	24
2.	Errichtung.....	25
3.	Form und Inhalt.....	26
4.	Inkrafttreten.....	27
5.	Zentrales Vorsorgeregister (ZVR) .....	29
V.	Österreich – «Vorsorgevollmacht».....	31
1.	Übersicht und gesetzliche Grundlagen.....	31
2.	Errichtung und Inhalt der Vorsorgevollmacht .....	32
3.	Vollmachtgeber und bevollmächtigte Person .....	33
3.1	Vollmachtgeber .....	33
3.2	Die bevollmächtigte Person .....	33
4.	Registrierung und Wirksamwerden der «Vorsorgevollmacht».....	34
4.1	Der Eintrag der «Vorsorgevollmacht» in das Österreichische Zentrale Vertretungsverzeichnis (ÖZVV).....	34
4.2	Der Eintrag des erfolgten Vorsorgefalls in das ÖZVV als konstitutive Wirksamkeitsvoraussetzung .....	35
5.	Der Verzicht auf eine Validierung .....	35
<b>2. Kapitel: Der Vorsorgeauftrag und seine Aufnahme in das Schweizer Recht.....</b>		<b>37</b>
I.	Ein neuer Geist – ein neues Recht .....	37
1.	Die Revision des Familienrechts.....	37
2.	Das neue Erwachsenenschutzrecht.....	38
2.1	Das Vormundschaftsrecht von 1912.....	38
2.2	Die Ziele des neuen Erwachsenenschutzrechts .....	39
a	Übersicht .....	39
b	Selbstbestimmungsrecht und eigene Vorsorge im Besonderen.....	40

II.	Der Erwachsenenschutz in Revision – ein Überblick.....	42
1.	Vom Expertenbericht 1995 bis zum Vorentwurf 1998.....	42
1.1	Der Expertenbericht von 1995 .....	42
1.2	Der Vorentwurf von 1998.....	43
2.	Der Vorentwurf von 2003.....	43
2.1	Ein neues Institut: Der Vorsorgeauftrag .....	43
2.2	Die Validierung des Vorsorgeauftrags gemäss Vorentwurf von 2003 .....	45
2.3	Keine Validierung bei Überschreitung der Wirksamkeitsdauer .....	47
2.4	Das umstrittene Verfahrensgesetz .....	47
3.	Von der Vernehmlassung (2003/2004) bis zur Botschaft betreffend die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erwachse- nenschutz, Personenrecht und Kindesrecht) vom 28. Juni 2006 .....	48
3.1	Vernehmlassung – generelle Zustimmung .....	48
3.2	Stellungnahmen zum Vorsorgeauftrag .....	49
3.3	Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetz- buches (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht) vom 28. Juni 2006.....	51
a	Die Abweichungen der Botschaft gegenüber der Vernehmlassungsvorlage im Überblick .....	51
b	Keine Abweichungen von der Vernehmlassungsvorlage betreffend die Validierung des Vorsorgeauftrags .....	52
c	Exkurs: Verzicht auf den Vorsorgeauftrag für medizinische Massnahmen.....	52
4.	Parlamentarische Beratung und Inkrafttreten des revidierten Er- wachsenenschutzgesetzes.....	53
<b>3. Kapitel: Das Konzept des Vorsorgeauftrags im Schweizer Recht.....</b>		<b>55</b>
I.	Die Rechtsnatur des Vorsorgeauftrags.....	55
1.	Einleitung.....	55
2.	Erkenntnisse aus dem Vergleich mit dem Willensvollstreckermandat ....	55
2.1	Fragestellung und Ausgangslage.....	55
2.2	Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der gesetzlichen Ausgestaltung.....	56
a	Terminologie .....	56
b	Auftraggeberin .....	56
c	Beauftragter.....	57
d	Formvorschriften.....	57
e	Interessenkollision.....	58
f	Suspensive Bedingung für die Wirksamkeit und deren Wegfall .....	58

g	Annahmeerklärung .....	59
h	Frist für Annahme.....	59
i	Fehlen des ursprünglichen Auftraggebers als Ansprechperson.....	60
j	Behördliche Prüfung des Mandats.....	60
k	Behördliche Legitimationsurkunde .....	61
2.3	Rechtsnatur .....	61
3.	Der Vorsorgeauftrag: ein auftragsähnlicher Nominatvertrag?.....	62
3.1	Der Vorsorgeauftrag – ein einfacher Auftrag im Sinne von Art. 394 ff. OR?.....	62
a	Bezeichnung und Verweisungen.....	62
b	Gemeinsamkeiten mit dem einfachen Auftrag .....	63
c	Abweichungen zum einfachen Auftrag .....	63
3.2	Schlussfolgerungen.....	64
4.	Der Vorsorgeauftrag im Spannungsverhältnis zwischen Selbstbestimmung und staatlicher Fürsorge.....	65
4.1	Der Vorsorgeauftrag – ein Hybrid? .....	65
4.2	Zum Vergleich – die Diskussion in Québec .....	66
4.3	Das Spannungsverhältnis im Vorsorgerecht und sein Einfluss auf die Rechtsnatur.....	67
II.	Abgrenzungen zu anderen Rechtsinstituten mit Vorsorgecharakter.....	69
1.	Vorbemerkungen .....	69
2.	Auftrag mit Weitergeltungsklausel.....	69
2.1	Rechtslage <i>vor</i> dem Inkrafttreten des neuen Erwachsenenschutzrechts am 1. Januar 2013 .....	69
2.2	Rechtslage <i>nach</i> dem Inkrafttreten des neues Erwachsenenschutzrechts am 1. Januar 2013 .....	71
2.3	Konkurrenz oder Parallelität von Vorsorgeauftrag und Auftrag ( <i>ex nunc</i> ) mit Weitergeltungsklausel .....	73
3.	Die Patientenverfügung (Art. 370–373 ZGB).....	74
4.	Die Vertretungsrechte von Lebenspartnern (Art. 374–376 ZGB).....	77
5.	Der Betreuungsvertrag (Art. 382 ZGB) .....	80
6.	Die Beistandschaft mit Wunschbeistand (Art. 401 Abs. 1 ZGB) .....	81
III.	Intertemporales Recht.....	83
1.	Einleitung.....	83
2.	Die auf Vorsorgeinstrumente anwendbaren Bestimmungen des SchlT ZGB .....	84
2.1	Vollmachten mit Geltung/Weitergeltung bei Eintritt der Urteilsunfähigkeit .....	84
2.2	Vorsorgeauftrag nach Art. 360 ff. ZGB .....	84

IV.	Die vier Phasen des Vorsorgeauftrags.....	85
1.	Phase I: Von der Errichtung des Vorsorgeauftrags bis zur Urteilsunfähigkeit des Auftraggebers.....	85
2.	Phase II: Vom Eintritt der Urteilsunfähigkeit bis zum Abschluss der Prüfung des Vorsorgeauftrags durch die KESB .....	87
3.	Phase III: Von der Anfrage der KESB beim Beauftragten bis zu dessen Annahmeerklärung.....	89
4.	Phase IV: Vom Validierungsentscheid bis zum Erlöschen des Vorsorgeauftrags .....	91
<b>2. Teil:</b>	<b>Die Validierung des Vorsorgeauftrages durch die Erwachsenenenschutzbehörde.....</b>	<b>93</b>
<b>4. Kapitel:</b>	<b>Der Vorsorgeauftrag und die Erwachsenenenschutzbehörde....</b>	<b>95</b>
I.	Die Erwachsenenenschutzbehörde .....	95
1.	Die Erwachsenenenschutzbehörde als Nachfolgerin der Vormundschaftsbehörde.....	95
1.1	Zur Terminologie .....	95
1.2	Professionalisierung und Interdisziplinarität.....	95
2.	Neue Aufgaben der Erwachsenenenschutzbehörde.....	96
3.	Die Umsetzung in den Kantonen.....	97
3.1	Die Erwachsenenenschutzbehörden.....	97
3.2	Die Aufsichtsbehörden.....	98
3.3	Die Beschwerdeinstanzen .....	98
4.	Die Aufgaben der Erwachsenenenschutzbehörde beim Vorsorgeauftrag ....	99
5.	Verhältnismässigkeit und Subsidiarität bei der Validierung .....	100
6.	Die Validierungskompetenz der KESB und ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit .....	101
<b>5. Kapitel:</b>	<b>Anwendbares Recht und Verfahrensgrundsätze für die Validierung.....</b>	<b>105</b>
I.	Begriffe.....	105
1.	Validierung.....	105
2.	Prüfungsschritte .....	106
II.	Rechtsgrundlagen .....	107
1.	Das Kindes- und Erwachsenenenschutzrecht: öffentliches Recht oder privates Recht?.....	107
2.	Das anwendbare Verfahrensrecht – die Notwendigkeit eines Spezialgesetzes.....	108
2.1	Öffentliches oder privates Verfahrensrecht?.....	108
2.2	Der Verzicht auf ein Spezialgesetz.....	109
3.	Die geltende Kaskadenordnung.....	110

III. Verfahrensgrundsätze.....	112
1. Die wichtigsten Verfahrensgrundsätze des Kindes- und Erwachsenenschutzes im ZGB .....	112
2. Untersuchungsmaxime.....	113
2.1 Die Erkundigungspflicht .....	113
2.2 Der Freibeweis.....	113
2.3 Die Delegationsbefugnis bei der Sachverhaltsabklärung.....	114
2.4 Das Gutachten.....	115
3. Offizialmaxime.....	117
4. Rechtsanwendung von Amtes wegen .....	118
5. Anspruch auf rechtliches Gehör.....	119
5.1 Der Grundsatz.....	119
5.2 Anspruch auf persönliche Anhörung.....	119
a Anwendung im Erwachsenenschutz.....	119
b Besonderheiten der persönlichen Anhörung im Validierungsverfahren .....	120
5.3 Anspruch auf Verfahrensvertretung .....	122
a Anwendung im Erwachsenenschutz.....	122
b Besonderheiten der Verfahrensvertretung im Validierungsverfahren .....	123
5.4 Anspruch auf Akteneinsicht.....	124
6. Mitwirkungspflicht.....	125
6.1 Der Grundsatz.....	125
6.2 Die Bedeutung der Mitwirkungspflichten im Validierungsverfahren .....	127
a Vorbemerkungen .....	127
b Mitwirkungspflichten <i>vor</i> der Eröffnung eines Validierungsverfahrens.....	127
c Mitwirkungspflichten <i>während</i> des Validierungsverfahrens.....	128
d Mitwirkungspflichten <i>nach</i> Abschluss des Validierungs- verfahrens.....	129
6.3 Verweigerungsrechte – Grenzen der Mitwirkungspflicht.....	130
a Schweigepflicht – Ausnahmen vom Grundsatz der Mitwirkungspflicht.....	130
b Relative Verweigerungsrechte gemäss Art. 448 Abs. 2 ZGB ....	131
c Absolute Verweigerungsrechte gemäss Art. 448 Abs. 3 ZGB ...	132
d Verweigerungsrechte im Validierungsverfahren.....	132
7. Amtshilfe.....	133
7.1 Der Grundsatz.....	133
7.2 Schranken der Amtshilfe.....	133
7.3 Die Amtshilfe im Validierungsverfahren.....	134

<b>6. Kapitel: Die Eröffnung und die Dauer des Validierungsverfahrens.....</b>	<b>135</b>
I. Vorbemerkungen zur Eröffnung von Erwachsenenschutzverfahren.....	135
II. Prüfung der Zuständigkeit.....	136
1. Zur örtlichen, sachlichen und funktionellen Zuständigkeit der KESB.....	136
2. Besonderheiten der Zuständigkeit beim Validierungsverfahren.....	137
2.1 Örtliche und sachliche Zuständigkeit.....	137
2.2 Zuständigkeit bei Gefahr im Verzug .....	138
III. Eröffnung des Validierungsverfahrens.....	138
1. Behörde erhält Kenntnis der Urteilsunfähigkeit, nicht aber vom Vorsorgeauftrag .....	138
2. Behörde erhält gleichzeitig Kenntnis von der Urteilsunfähigkeit und vom Vorsorgeauftrag .....	140
IV. Verfahrensdauer und «Überbrückungsmassnahmen».....	140
1. Das Spannungsverhältnis zwischen Dringlichkeit der Validierung und sorgfältiger Prüfung des Vorsorgeauftrags .....	140
2. «Überbrückungsmassnahmen».....	141
2.1 Übersicht.....	141
2.2 Vorsorgliche Massnahmen gemäss Art. 445 ZGB.....	142
a Vorsorgliche Massnahmen während des Verfahrens.....	142
b Provisorische Massnahmen gemäss Abs. 1 von Art. 445 ZGB.....	144
c Superprovisorische Massnahmen gemäss Abs. 2 von Art. 445 ZGB .....	145
d Einsetzung einer geeigneten Vertretungsperson als vorsorg- liche Massnahme .....	146
2.3 Vertretungsrechte der Angehörigen gemäss Art. 374 ff. ZGB.....	146
2.4 Eigene «Überbrückungsmassnahmen» auf Vollmachtbasis.....	147
<b>7. Kapitel: Kollisionsrechtliche Aspekte der Validierung.....</b>	<b>149</b>
I. Die Herausforderung bei internationalen Verhältnissen .....	149
II. Die kollisionsrechtliche Kaskade.....	150
III. Bestimmung der zuständigen Instanz nach HESÜ.....	152
1. Grundsatz gemäss Art. 5 HESÜ.....	152
2. Subsidiäre Zuständigkeitsregel nach Art. 7 HESÜ .....	153
IV. Das anwendbare Recht nach HESÜ.....	154
1. Grundsatzregelung gemäss Art. 15 Abs. 1 HESÜ.....	154
2. Möglichkeiten der Rechtswahl gemäss Art. 15 Abs. 2 HESÜ .....	155
3. Meinungsverschiedenheiten in der Lehre.....	155
4. Behördliche Eingriffskompetenzen gemäss Kollisionsrecht .....	157



<b>8. Kapitel: Die Prüfung der gültigen Errichtung</b> .....	159
I. Die Gültigkeitsvoraussetzungen im Überblick .....	159
II. Die Originalurkunde.....	159
1. Die Einreichung der Urkunde .....	159
2. Widerruf und Urkunde .....	160
III. Handlungsfähigkeit des Vorsorgeauftraggebers im Zeitpunkt der Errichtung .....	162
1. Inhalt und Voraussetzungen der Handlungsfähigkeit .....	162
2. Urteilsfähigkeit und Urteilsunfähigkeit.....	163
3. Die Urteilsfähigkeit im Zeitpunkt der Errichtung des Vorsorgeauftrags.....	165
3.1 Einleitung.....	165
3.2 Die kurze Zeitspanne als Indiz für die Urteilsunfähigkeit .....	166
3.3 Die mangelhafte Form der Urkunde als Indiz für die Urteilsunfähigkeit .....	166
3.4 Der Inhalt des Vorsorgeauftrags als Indiz für die Urteilsunfähigkeit .....	168
IV. Formvorschriften gemäss Art. 361 Abs. 1 ZGB.....	169
1. Einleitung .....	169
2. Die eigenhändige Errichtung.....	171
3. Die öffentliche Beurkundung .....	174
4. Folgen bei Verletzung der Formvorschriften.....	176
V. Die Essentialia Negotii des Vorsorgeauftrags.....	179
1. Einleitung und Überblick .....	179
2. Nennung des Vorsorgeauftraggebers .....	179
3. Nennung des Vorsorgebeauftragten.....	180
4. Die aufschiebende Rechtsbedingung der Urteilsunfähigkeit.....	181
5. Die Aufgaben .....	182
6. Bezeichnung der Urkunde/Überschrift.....	183
<b>9. Kapitel: Die Überprüfung der Aufgaben</b> .....	185
I. Umfang und Grenzen der behördlichen Prüfungspflicht.....	185
1. Die Prüfungskompetenz der KESB .....	185
2. Unverständlichkeit .....	186
3. Unmöglichkeit.....	187
4. Widerrechtlichkeit.....	187
5. Sittenwidrigkeit.....	188
II. Personensorge .....	188
1. Begriff .....	188
2. Inhalt und Umfang .....	189

III.	Vermögenssorge.....	189
1.	Begriff .....	189
2.	Inhalt und Umfang .....	190
3.	Vermögensverwaltung.....	190
IV.	Die Vertretung im Rechtsverkehr.....	192
1.	Inhalt und Umfang .....	192
2.	Die Vertretung im Rechtsverkehr als alleiniger Auftrag?.....	193
3.	Grenzen der Rechtsvertretung.....	194
3.1	Geschäfte von besonderer Tragweite und zustimmungsbedürftige Geschäfte .....	194
3.2	Die Anwendbarkeit der Regeln zu Geschäften von besonderer Tragweite gemäss Art. 396 Abs. 3 OR.....	195
a	Mehrheits- und Minderheitsmeinung .....	195
b	Grenzziehungen in der Praxis.....	198
3.3	Anwendbarkeit der Zustimmungserfordernis gemäss Art. 416 f. ZGB.....	199
V.	Abgrenzungen.....	200
1.	Abgrenzung: Personensorge – Vermögenssorge.....	200
2.	Abgrenzung: Vertretung im Rechtsverkehr – Personensorge/ Vermögenssorge .....	201
VI.	Weisungen des Auftraggebers im Vorsorgeauftrag.....	204
VII.	Ergänzende Massnahmen der Behörde gemäss Art. 363 Abs. 2 Ziff. 4 ZGB und gemäss Art. 368 ZGB.....	206
1.	Massnahmen gemäss Art. 363 Abs. 2 Ziff. 4 ZGB .....	206
2.	Zulässigkeit einer analogen Anwendung von Art. 368 ZGB im Rahmen von Art. 363 Abs. 2 Ziff. 4 ZGB .....	206
3.	Mögliche Massnahmen und Weisungen gemäss Art. 368 ZGB .....	207
VIII.	Weitertgeltungsklauseln auf/über den Tod im Vorsorgeauftrag.....	208
1.	Ausgangslage .....	208
2.	Vollmachten über den Tod hinaus oder auf den Todesfall.....	209
2.1	Vollmachten über den Tod hinaus .....	209
2.2	Vollmachten auf den Todesfall.....	209
3.	Die transmortale oder postmortale Vollmacht in Verbindung mit dem Vorsorgeauftrag .....	210

IX.	Einzelaufträge und Generalklausel .....	212
1.	Die Herausforderung des Vorsorgeauftraggebers .....	212
2.	Die Vorgabe von Art. 360 Abs. 2 ZGB und Abweichungen .....	212
3.	Der Vorsorgeauftrag als Generalklausel .....	213
4.	Globale und detaillierte Vorsorgeaufträge aus Sicht der validierenden Behörde .....	215
5.	Die «ergänzte» Generalklausel als Normalfall .....	216
X.	Mustervorlagen .....	217
1.	Die Vielzahl von Vorlagen .....	217
2.	Die Validierung von Mustervorlagen .....	218
<b>10. Kapitel: Die Prüfung der Wirksamkeitsvoraussetzungen im engeren Sinn .....</b>		<b>221</b>
I.	Die Wirksamkeitsvoraussetzungen .....	221
II.	Urteilsunfähigkeit als Wirksamkeitsvoraussetzung .....	223
1.	Zum Begriff der Urteilsunfähigkeit .....	223
2.	Urteilsunfähigkeit und ihr medizinischer Hintergrund .....	224
3.	Der schrittweise Verlust der Urteilsfähigkeit .....	225
4.	Die fluktuierende Urteilsunfähigkeit .....	227
4.1	Die instabile Urteilsfähigkeit .....	227
4.2	Die wiedererlangte Urteilsfähigkeit .....	228
4.3	Rückfall in die Urteilsunfähigkeit .....	230
5.	Die Prüfung und die Feststellung der Urteilsunfähigkeit .....	231
5.1	Die ausschliessliche Prüfungs- und Feststellungskompetenz der KESB .....	231
5.2	Beweismittel zur Feststellung der Urteilsunfähigkeit .....	232
a	Grundsätze zur Beweiserhebung .....	232
b	Medizinische Abklärungen .....	233
c	Anhörung des Vorsorgeauftraggebers .....	234
d	Beizug einer Vertrauensperson des Vorsorgeauftraggebers bei der Anhörung .....	235
e	Einholung von Stellungnahmen aus dem Umfeld des Vorsorgeauftraggebers .....	236
III.	Sorgebedürftigkeit als Wirksamkeitsvoraussetzung .....	236
1.	Das Kriterium der Sorgebedürftigkeit .....	236
2.	Die Sorgebedürftigkeit als Prüfpunkt .....	237
3.	Sorgebedürftigkeit und Beistandschaft .....	237
IV.	Gewillkürte Wirksamkeitsbedingungen .....	238

<b>11. Kapitel: Die Eignung des Vorsorgebeauftragten und deren Prüfung</b> .....	239
I. Zum Begriff der «Eignung».....	239
II. Die Eignungsprüfung.....	240
1. Die Verantwortung des Auftraggebers.....	240
2. Die Verantwortung der Erwachsenenschutzbehörde.....	240
3. Der Zeitpunkt der Eignungsprüfung.....	242
4. Die Einmaligkeit der Eignungsprüfung.....	242
III. Die Eignung natürlicher Personen.....	243
1. Persönliche Voraussetzungen.....	243
1.1 Handlungsfähigkeit.....	243
1.2 Unbescholtenheit und Leumund.....	245
2. Fachliche Voraussetzungen.....	248
2.1 Art und Umfang der Fachkompetenzen.....	248
2.2 Übertragung von Aufgaben an Dritte.....	249
2.3 Beschränkte fachliche Eignung – Konsequenzen der KESB.....	251
3. Interessenkollisionen.....	252
IV. Die Eignung juristischer Personen.....	254
1. Der Grundsatzentscheid der Schweiz.....	254
2. Die «Dualität» der Eignung juristischer Personen.....	255
2.1 Die gesetzliche Ausgangslage.....	255
2.2 Die Dualität bei der juristischen Person.....	256
3. Die Eignungskriterien für juristische Personen.....	257
3.1 Die Liste der Eignungskriterien.....	257
3.2 Bestehen und Handlungsfähigkeit der juristischen Person.....	258
3.3 Kapitalausstattung.....	258
3.4 Sicherheit bei regulierten und selbstregulierten Gesellschaften.....	259
3.5 Gesellschaftszweck.....	259
3.6 Geeignete Organisation.....	260
4. Die Idee einer Zertifizierung.....	260
4.1 Zielsetzung.....	260
4.2 Die Regelung in Frankreich.....	261
4.3 Vorbild für die Schweiz?.....	262
V. Ersatzmassnahmen bei ungenügender Eignung.....	262
1. Negatives Ergebnis der Eignungsabklärung.....	262
2. Behördliche Erwachsenenschutzmassnahmen.....	263
3. Niederschwellige Massnahmen im Sinne von Art. 368 ZGB bei ungenügender Eignung.....	263

<b>12. Kapitel: Die Beauftragung mehrerer Personen.....</b>	<b>265</b>
I. Mehrere Erstbeauftragte .....	265
1. Das Fehlen einer gesetzlichen Regelung.....	265
2. Mehrere Vorsorgebeauftragte mit kollektiver Unterschriftsberechtigung .....	266
3. Mehrere Vorsorgebeauftragte mit Einzelunterschriftsberechtigung .....	268
3.1 Einzelunterschriftsberechtigung ohne Aufgabenteilung .....	268
3.2 Einzelunterschriftsberechtigung mit Aufgabenteilung.....	268
4. Kontrollbeauftragter .....	269
5. Aufgaben der KESB bei Mehrfachbeauftragung.....	269
II. Ersatzbeauftragte.....	271
1. Gesetzliche Grundlage und Zweck.....	271
2. Ersatzbeauftragte im Validierungsverfahren .....	272
<b>13. Kapitel: Auslegung und Ergänzung des Vorsorgeauftrags.....</b>	<b>275</b>
I. Auslegung – Notwendigkeit und Zulässigkeit .....	275
1. Notwendigkeit.....	275
2. Gesetzliche Grundlagen (Zulässigkeit) .....	276
3. Auslegung nach der Validierung .....	277
II. Prinzipien, Methoden und Mittel der Auslegung.....	278
1. Willensprinzip und Vertrauensprinzip .....	278
2. Die Methode: Auslegung in drei Schritten .....	279
2.1 Die Auslegungsschritte im Überblick .....	279
2.2 Der erste Auslegungsschritt .....	279
2.3 Der zweite Auslegungsschritt.....	280
2.4 Der dritte Auslegungsschritt.....	281
3. Mittel der Auslegung.....	281
III. Ergänzung .....	282
1. Ergänzung – Begriff und Abgrenzung.....	282
2. Die echte Lücke als einzige Voraussetzung für eine materielle Ergänzung .....	283
3. Nebenpunkte im Sinne von Art. 364 ZGB .....	284
3.1 Beschränkung der Ergänzung auf Nebenpunkte .....	284
3.2 Was sind Nebenpunkte? .....	284
<b>14. Kapitel: Die Entschädigung des Vorsorgebeauftragten .....</b>	<b>287</b>
I. Der Grundsatz der Entschädigung .....	287
1. Entschädigung und Spesen.....	287
2. Die Regelung der Entschädigung durch den Auftraggeber .....	288
3. Kriterien bei der Festsetzung der Entschädigung.....	289

II.	Die fehlende Entschädigungsregelung .....	291
1.	Die Ausgangslage (Art. 366 Abs. 1 ZGB).....	291
2.	Kriterien bei der Entschädigungsregelung durch die KESB .....	293
2.1	Die Üblichkeit der Leistungen .....	293
2.2	Umfang der übertragenen Aufgaben .....	295
III.	Die unangemessene Entschädigung.....	295
1.	Art. 366 Abs. 1 ZGB als Grundlage für eine Anpassung?.....	295
2.	Überprüfung der Angemessenheit vor und nach Validierung.....	296
3.	Überprüfung der Angemessenheit auf Antrag .....	297
IV.	Vorgehen bei Mittellosigkeit des Auftraggebers .....	298
<b>15. Kapitel: Die Annahme des Vorsorgeauftrags .....</b>		<b>303</b>
I.	Die Annahme als letzte Wirksamkeitsvoraussetzung .....	303
1.	Die Annahme im Sinne von Art. 1 OR und ihre Besonderheiten beim Vorsorgeauftrag .....	303
2.	Die Pflichten der KESB gemäss Art. 363 Abs. 3 ZGB.....	305
3.	Die Wirksamkeit des Vorsorgeauftrags als Folge der Annahme.....	305
4.	Der Vorsorgeauftrag und der Verlust der Handlungsfähigkeit.....	307
II.	Form der Annahmeerklärung und Fristen .....	308
1.	Formerfordernis der Annahmeerklärung .....	308
2.	Inhalt der Annahmeerklärung.....	310
3.	Frist für die Annahmeerklärung .....	310
III.	Freiwilligkeit der Annahme.....	311
1.	Grundsatz der Freiwilligkeit.....	311
2.	Die Möglichkeit der Teilannahme.....	312
IV.	Die Folgen der Nichtannahme .....	312
V.	Die Aufklärungspflicht der KESB .....	313
<b>16. Kapitel: Der Validierungsentscheid .....</b>		<b>317</b>
I.	Abschluss des Validierungsverfahrens.....	317
1.	Der Validierungsentscheid als verwaltungsrechtliche Verfügung .....	317
2.	Der Validierungsentscheid in Form einer öffentlichen Urkunde .....	318
3.	Die Urkunde gemäss Art. 363 Abs. 3 ZGB .....	319
4.	Der Validierungsentscheid als Legitimationsurkunde? .....	320
II.	Die Erstellung des Validierungsentscheids – Vorgaben des kantonalen Rechts...	321
1.	Allgemeine Grundsätze .....	321
2.	Die Verfahrensregeln anhand eines kantonalen Beispiels .....	322
2.1	Der Beizug der Verfahrensordnung des Kantons Zürich.....	322

2.2	Sachliche Zuständigkeit (ZGB und EG KESR ZH).....	322
2.3	Begründungspflicht (EG KESR ZH und ZPO) .....	323
2.4	Gebühren und Kosten (EG KESR ZH) .....	323
2.5	Übrige Verfahrensfragen (Subsidiäre Anwendung der ZPO).....	324
III.	Aufbau des Validierungsentscheids gemäss ZPO .....	324
1.	Vorbemerkungen .....	324
2.	Aufbau gemäss Art. 238 ZPO .....	325
2.1	Rubrum (Art. 238 lit. a–c ZPO) .....	325
2.2	Dispositiv (Urteilsformel, Art. 238 lit. d ZPO) .....	326
2.3	Mitteilungssatz (Art. 238 lit. e ZPO) .....	328
a	Mitteilungssatz und Adressaten.....	328
b	Behörden als mitteilungsberechtigte Adressaten.....	328
c	Natürliche und juristische Personen als empfangsberechtigte Adressaten.....	330
2.4	Aufführung der Entscheidungsgründe (Art. 238 lit. g ZPO) .....	332
2.5	Rechtsmittelbelehrung (Art. 238 lit. f ZPO) .....	332
2.6	Unterschrift des Mitglieds der Behörde (Art. 238 lit. h ZPO) .....	332
<b>17. Kapitel:</b>	<b>Die Beschwerde gegen den Validierungsentscheid.....</b>	<b>333</b>
I.	Zur Beschwerde befugte Personen .....	333
1.	Die gesetzlichen Vorgaben .....	333
2.	Am Verfahren beteiligte Personen.....	333
3.	Nahestehende Personen.....	334
4.	Personen mit einem rechtlich geschützten Interesse .....	336
II.	Beschwerdefrist und Wirkung.....	336
III.	Beschwerdeinstanz .....	337
IV.	Beschwerdegründe.....	337
	<b>Schlusswort.....</b>	<b>339</b>
	<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>341</b>
	<b>Anhänge (Musterentscheide).....</b>	<b>351</b>